



CDU

Gemeindeverband Hohenhameln

Mittwoch, 07.05.2014

Pressemitteilung

Landtagsabgeordneter Dirk Toepffer referiert in Mehrum über die Zukunft der kleinen und mittelständischen Unternehmen in Hohenhameln

Auf Einladung der CDU-Bürgermeisterkandidatin Silke Weyberg besuchte der stellvertretende Vorsitzende der Niedersächsischen CDU-Landtagsfraktion Dirk Toepffer MdL Mehrum. Weyberg begrüßte die mehr als 30 Gäste, darunter Vertreter der Geschäftsführungen von Hohenhamelner Betrieben und stellte fest, dass der Referent besonderes politisches Augenmerk auf die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen im ländlichen Raum legt.

Toepffer berichtete, dass die ohnehin nicht einfache Lage, der sich die kleinen und mittelständischen Unternehmen gegenüber sehen, durch ein neues Gesetz der SPD-geführten Landesregierung verschärft wird. Um künftig bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen, z. B. von Gemeinden, berücksichtigt zu werden, müssen Betriebe zuvor ein kompliziertes Verfahren mit Offenlegung von Betriebsinterna, Bilanzen u. ä. durchlaufen. Anstatt Bürokratie abzubauen hat die Landesregierung noch erheblich aufgesattelt. Dies übersteigt vielfach die Verwaltungsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen. Folge ist, dass örtliche Betriebe gegenüber Betrieben mit großen, leistungsfähigen Verwaltungen ins Hintertreffen geraten. Viele Betriebe resignieren und bewerben sich oft gar nicht mehr um öffentliche Aufträge. Weyberg erläuterte, dass der Kommune bei solchen gesetzlichen Vorgaben nur die Möglichkeit bleibt, Aufträge unter den gesetzlich festgelegten Grenzen auszuschreiben, um die örtlichen Unternehmen zu beteiligen. Diese sind in den Wirtschaftsaktivitäten der Gemeinden unerlässlich, um die Attraktivität einer Gemeinde zu erhöhen. Nur ein gut aufgestellter Mittelstand trägt mit seinen Arbeitsplätzen, seinen Steuerzahlungen und auch seinem sozialen Engagement zum Wohlstand der Gemeinde bei.

Vorhandener gesunder Mittelstand zieht Neuansiedlungen nach sich. Daher ist es besonders misslich, dass der Schulstandort Hohenhameln vor der Zweitrangigkeit steht. Die geplante Schließung von Schulen ist der verkehrte Weg und dient nicht dazu, Neuansiedlungen in der Gemeinde zu fördern. Die kleinen und mittleren Unternehmen beklagen seit geraumer Zeit, dass zu wenig praxisnahe ausgebildete

Berufsanfänger und Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Auch aus dieser Sicht ist eine Vernachlässigung der Schulsituation in Hohenhameln nicht hinnehmbar. Begrüßenswert sind hingegen die Aktivitäten der Unternehmen, die darauf zielen, Schüler frühzeitig mit der Unternehmenspraxis vertraut zu machen. Hervorzuheben ist u. a. das Modell der Zusammenarbeit des Kraftwerks Mehrum mit der Realschule Hohenhameln.

Neben dem Schulsystem sind die Pflege und der Ausbau der Infrastruktur, also Straßen, Energieversorgung, Wasserver- und -entsorgung sowie ein schneller Internetzugang ebenfalls eine Aufgabe der Gemeinde. Wenn auch die Zuständigkeiten unterschiedlich verteilt sind, muss die Gemeinde zumindest den politischen Druck so hoch halten, dass Verbesserungen erfolgen. Alle Beteiligten waren sich während der anschließenden intensiven Diskussion insbesondere darüber einig, dass das deutsche Ausbildungssystem bis hin zum Meisterbrief erhalten werden muss. Darauf muss in der EU gedrängt werden.

Weyberg weist zum Schluss der Veranstaltung darauf hin, dass die Gemeinde Hohenhameln zukunftsfähig aufgestellt werden muss. Sie wird ihre ganze Kraft für dieses Ziel einsetzen und verweist nochmals auf den eigenständigen Weg einer Fusion mit Hildesheim.